

Geschlechtsidentität breiter fassen

In Luxemburg listet das Gesetz zur Gleichbehandlung sechs Motive auf, die als Diskriminierungsgründe geltend gemacht werden können: Die Rasse oder ethnische Zugehörigkeit, die sexuelle Orientierung, das Geschlecht, die Religions- oder Glaubenswahl, eine Behinderung und das Alter. Die Regierung hat nun beschlossen „changement de sexe“ als neues Diskriminierungsmotiv in einem Gesetzesprojekt einzuführen. Das „Centre pour l'Égalité de Traitement“ (CET) begrüßt diesen Schritt, wäre aber lieber weitergegangen.

„An sich ist dieser Schritt sehr lobenswert. Unserer Ansicht nach sollte er aber richtig gemacht werden, und nicht halbherzig. Das vorliegende Gesetzesprojekt trägt nämlich nicht jeder Personengruppe Rechnung. Selbstverständlich begrüßen wir ausdrücklich den Willen der Regierung, ein neues Diskriminierungsmotiv einzuführen. Dem CET bringt das mehr Fälle, wodurch wir letztendlich ein besseres Spiegelbild der Realität bekommen. Gleichzeitig kann die Politik gezielter präventiv dagegen vorgehen, beziehungsweise die Sensibilisierung hinsichtlich der ganzen Thematik steigern. Das ist eindeutig ein positiver Effekt.“

Das CET hat das Geschlecht indes immer schon als ‚identité de genre‘ definiert. Geschlecht bedeutet für uns demnach, wie sich eine Person selbst fühlt. Will die Politik nun ‚changement de sexe‘ als Diskriminierungsmotiv einführen, würde sich dies nur auf transsexuelle

Personen beziehen, die tatsächlich eine operative Geschlechtsangleichung vornehmen lassen. Ausgeschlossen bleiben jene, die eine Geschlechtsumwandlung ablehnen, weil sie ihren Körper beispielsweise nicht als Problem empfinden. Aus finanziellen oder gesundheitlichen Gründen gibt es nun auch Menschen, für die eine solche Operation überhaupt nicht in Frage kommt. Dies sei nur am Rande erwähnt. Wird Geschlechtsidentität breiter gefasst, geht man diesem Problem aus dem Weg und bezieht auch andere Personengruppen ein, etwa intersexuelle Menschen. Diese wären nämlich sonst weiterhin nicht vor Diskriminierung geschützt.

Gremien wie die EQUINET, der Dachverband der Gleichbehandlungszentren, sowie die ‚Fundamental Rights Agency‘ (FRA) treten übrigens auch dafür ein, dass die ganze Thematik breiter gefasst wird, um sämtliche Gruppen zu schützen. Das CET empfiehlt in diesem Kontext, sich an Malta zu orientieren. Dort wurde unlängst ein äußerst fortschrittliches Gesetz umgesetzt. Wir schlagen vor, die gleichen Begriffe zu verwenden, nämlich ‚identité de genre‘, ‚expression de genre‘ und ‚caractéristiques sexuelles‘, statt wie vorgesehen ‚changement de sexe‘. So hätte man alles abgedeckt und würde jeden schützen.“



„Das vorliegende Gesetzesprojekt trägt nicht jeder Personengruppe Rechnung“